Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 63 (1969)
Heft: 2

Artikel: Weltrundschau : Nixon fühlt vor ; Umwege zum Sozialismus? ; Verschärfte Spannung in der CSSR ; Revolutionäre Kraftquellen ; Westdeutsches Elend ; "Moralischer Selbstmord"
Autor: Kramer, Hugo
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141575

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

französischen Theater besonderes Interesse entgegen. Ihre grosse Verehrung und daher ein umfangreiches Kapitel gilt Paul Claudel, den sie durch verschiedene Übersetzungen und Deutungen in Deutschland bekannt gemacht hat (in «Die sieben Busspsalmen» ist der deutsche Text dem französischen gegenübergestellt).

Durch die vollkommene Kenntnis der französischen Sprache und der behandelten Fragen kann die Verfasserin dem Leser wertvolle Hinweise geben. So erklärt sie ganz nebenbei, dass *conversion* «Bekehrung», die um die Jahrhundertwende bei französischen Dichtern so häufig ist, nicht Übertritt zu einer andern Konfession bedeutet, sondern meist Rückkehr zum verlorenen Kinderglauben. – Ein kleiner Schönheitsfehler, für den wohl der Drucker die Verantwortung trägt, ist die häufige Abkürzung *Mme* mit einem Punkt dahinter, der hier überflüssig ist.

Wir wünschen dem Buch einen grossen Leserkreis, denn solche persönliche Zeugnisse sind es, die das gegenseitige Verstehen fördern. *B. W.*

WELTRUNDSCHAU

Nixon fühlt vor Die schnelle Gangart, die die Weltereignisse einhalten, hat es dem Schreibenden neuerdings recht wenig angenehm zum Bewusstsein gebracht, wie sehr seine internationalen Übersichten oft den Vorgängen selbst nachhinken. Es geht eben vom Abschluss dieser Rundschau meistens fast drei Wochen, bis der (mehr oder weniger) geneigte Leser das fertig gedruckte Heft unserer Monatsschrift in die Hand bekommt, und daran ist nichts zu ändern. Es ist darum nicht zu vermeiden, dass dem Leser die Betrachtungen, die der Chronist an die Ereignisse knüpft, oft veraltet und überholt vorkommen oder dass während der technischen Herstellung der «Neuen Wege» zuweilen Dinge geschehen, die dringend einer Besprechung bedürfen, aber eben keinen Platz mehr in der bereits abgeschlossenen Rundschau finden können. Ich bitte darum unsere Leser und Leserinnen wieder einmal um Nachsicht, wenn solche Fälle eintreten. Nichtaktualität ist zwar eine der unverzeihlichen Eigenschaften des geschriebenen Zeitungs- und Zeitschriftenworts; aber es hat – so mag man sich trösten – vielleicht doch auch sein Gutes, wenn zwischen diesem Wort und den besprochenen Ereignissen ein gewisser zeitlicher Abstand liegt.

Nun also zu den Vorkommnissen während des Berichtsmonats selber. Am wenigsten Neuigkeitswert hatte wohl die Einsetzung des amerikanischen Präsidenten *Nixon* in sein Amt. Es waren die bei solchen Gelegenheiten üblichen Redensarten und Vorsätze, die auch Nixon (oder sein «Geistschreiber») zum Besten gab. Viel mehr konnte man ja billigerweise auch nicht erwarten. Auch Nixon mochte nicht mit der Tür ins Haus fallen; er muss erst sachte vorfühlen und umsichtig erkunden, was er sich leisten darf, wenn er die Wünsche der Interessenklüngel, die ihn ins Amt gehoben haben, und womöglich auch der Volksmehrheit erfüllen soll. Aufmerken verdiente immerhin die Feststellung des neuen Präsidenten, dass die Vereinigten Staaten «nach einer Periode der Gegensätzlichkeit jetzt in ein Zeitalter der Verhandlungen eintreten». Die neue Regierung der USA,

so versprach er, werde «alle Verbindungsleitungen offen halten» und sich am «friedlichen Wettstreit» der Völker mit dem Ziel einer Erleichterung der Waffenlast, der Sicherung des Friedens und der Hilfe für die Armen und Hungrigen beteiligen. Dass Nixon sofort auch drohte, die (militärische) Stärke der Vereinigten Staaten einzusetzen, «wo es nötig ist», war selbstverständlich; den alten, verruchten Grundsatz des Rüstens zum Krieg als besten Mittels zur Friedenssicherung konnte er doch nicht so mir nichts, dir nichts preisgeben...

Mit dem Wort vom Zeitalter der Verhandlungen, das jetzt beginne, spielte Nixon, wie er es dann in seiner ersten Pressekonferenz noch deutlicher tat, besonders auf die Pariser *Vietnamkonferenz* an, an der nun nach monatelangem sinnlosem Geschwätz beide Teile offenbar zur Sache kommen wollen. Es zeigt sich, wie hier schon wiederholt bemerkt wurde, immer deutlicher, dass die massgebenden Wirtschaftsmächte der USA zur Einsicht gelangt sind, der Vietnamkrieg rentiere sich längst nicht mehr. Ein Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» (26. Januar) bestätigt denn auch offen, dass für die Wirtschaft der Vereinigten Staaten die «negativen Aspekte» der Metzelei die positiven bei weitem überwogen. «Es wird heute klar», so heisst es darin, «dass selbst eine so mächtige Wirtschaftsnation wie die Vereinigten Staaten einen Krieg mit den Dimensionen des Vietnamkonflikts nicht ohne *schwerwiegende Nachteile* und namentlich nicht ohne Preisgabe wichtiger anderer Aufgaben führen kann, wenn sie nicht rechtzeitig die unerlässlichen *wirtschafts- und fiskalpolitischen Massnahmen* zu ergreifen gewillt ist. Um so mehr darf man von einer Beendigung des Vietnamkrieges die Erfüllung eines *inneramerikanischen Nachholbedarfs* auf verschiedensten öffentlichen und privaten Gebieten erwarten. Der Übergang von der heutigen «semi-war economy» zur *Friedenswirtschaft* sollte deshalb nicht den von vielen Pessimisten prognostizierten Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität zur Folge haben.»

Dass auch *andere* Erwägungen als solche wirtschaftlicher Art zum endlichen Abbruch des Vietnamkriegs führen müssten, kommt anscheinend den Profitmachern jenseits des Ozeans überhaupt nicht in dem Sinne. «Gewiss», so sagte kürzlich Claude Julien, der Verfasser eines Buches «L'Empire américain», am französischen Radio (zitiert im «Christianisme social», Nr. 11–12, 1968), «dieses Weltreich ist die gewaltigste Produktionsmaschine der Welt. Es ist ausserdem von einem derartigen Sendungsbewusstsein beseelt, dass es seinen Lebenstil überallhin zu exportieren beansprucht und die Überflussgesellschaft in der ganzen Welt sich ausbreiten sehen möchte. Aber dieser Plan ist unmöglich und widerspruchsvoll, denn der Reichtum der USA ist nicht verteilbar; er beruht, wie aller Reichtum, auf der Verarmung der anderen... Wer wird heute imstand sein, fünf Erdteile zu überzeugen, dass es auch noch etwas anderes gibt als den amerikanischen Lebensstil, etwas anderes als behagliches Leben und Jagd nach dem Geld? Einzig der vietnamesische Bauer ist heute dazu imstand. Arm, mager, mit seinem Boden und dem Reis verwachsen, leistet er allein auf der ganzen Welt Widerstand...»

Fast wahr, muss man traurigerweise sagen. Aber auch in Amerika wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Auch das Reich des Dollars wird seine Grenzen und sein Gericht finden. Unserer Ungeduld geht das freilich viel zu lang. Aber es wäre eines der grössten Wunder der Weltgeschichte, wenn dem gefeierten Musterland des modernen Kapitalismus und Imperialismus ein anderes Schicksal blühen würde als sämtlichen anderen Weltreichen, von denen wir wissen!

Umwege zum Sozialismus? In seiner Art wird auch das politische Weltreich des *Sowjetkommunismus* dieses Schicksal erfahren. Das *politische* Weltreich, sagen wir. Was der Sowjetkommunismus auf seinem Boden zum Aufbau eines weltweit verwirklichten Sozialismus überhaupt beitragen mag, steht auf einem anderen Blatt. *Diese* Leistungen werden Bestand haben, wenn die Sowjetunion von ihrer Verzerrung durch die Diktatur einer machtbesessenen Oberkaste befreit ist. Als gründlich verfehlt und unwirksam aber wird sich jedenfalls der Versuch erweisen, mit Gewaltmitteln auch andere Völker dem Sowjetimperium zu unterwerfen. Diesem Versuch soll offenbar auch die Stärkung und straffere Gliederung des «*Comecon*» dienen, des Rates für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten, der in den letzten Wochen wiederholt zu mehr oder weniger geheimgehaltenen Tagungen zusammengetreten ist. Einigen Aufschluss darüber bekam man (nach dem «New Statesman» vom 24. Januar) durch eine Radioansprache des ungarischen Vizeministerpräsidenten Apro, der die vollständige Vereinheitlichung der Wirtschaftspläne und Entwicklungspraxis der Länder des Warschaupaktes ankündigte. Wenn sich die Vereinheitlichung nur auf die Wirtschaftsplanung bezöge, auf eine grosszügigere wirtschaftliche Arbeitsteilung innerhalb des Ostblocks, der auf diesem Feld sehr locker organisiert ist, so wäre das vernünftig und fortschrittlich, sofern es auf freiwilliger Zusammenarbeit beruhen würde. Aber gerade diese Bedingung soll allem nach nicht erfüllt werden. Es scheint in Anwendung der «Breschnew-Theorie», die in der Tschechoslowakei durchgezwängt werden will, eine notfalls mit militärischen Mitteln erkämpfte Ausrichtung der Volkswirtschaft aller Ostblockländer auf die Bedürfnisse der Sowjetunion gesichert werden. Das erste Opfer dieser Politik wäre dann *Rumänien,* das sich bisher mit Erfolg dagegen gesträubt hat, seine nationale Selbstbestimmung auch auf wirtschaftlichem Gebiet zugunsten Moskaus preiszugeben, und sogar eine Zeitlang die Comecon-Sitzungen überhaupt nicht mehr beschickte. Das soll nun anders werden, nachdem die Tschechoslowakei gewaltsam in den Pferch zurückgetrieben wurde und auch sonst die internationale Lage seit der Milderung der sowjetisch-chinesischen Spannung für Russland vermeintlich günstiger geworden ist. Man wird bald sehen, was aus diesen Plänen wird. Sicher ist indessen schon heute, dass auf *solchen* Wegen der Sozialismus in Osteuropa nicht wirklich vorwärts kommt, vielmehr nur neue und schwere Rückschläge erfahren wird.

Auf merkwürdigen Wegen wandelt auch die «sozialistische» Regie-

rung *Grossbritanniens*. Man muss sicher Verständnis dafür haben, dass die Labourregierung nicht nur eine schwer belastete Erbschaft von den Konservativen als der politischen Organisation des britischen Kapitalismus übernommen hat, sondern auch vom kapitalistischen Ausland wirtschaftlich und finanziell weitgehend abhängig ist, besonders von den Vereinigten Staaten, aber auch von den «Zürcher Gnomen», das heisst von den ihre unterirdischen Schätze eifersüchtig bewachenden Direktoren des internationalen Finanzkapitals, das in der Schweiz einen gefürchteten Mittelpunkt hat. Allein was sich die Regierung Wilson auch in ihrer gegenwärtigen Amtszeit leistet, das hat mit Sozialismus kaum von fern etwas zu tun; es ist nur das heisse Bemühen, die aus den Fugen geratene, vielfach rückständig gebliebene Wirtschaft des kapitalistischen England in Ordnung zu bringen, sie ertrags- und wettbewerbsfähig zu machen unter dem Vorgeben, dann diese Wiedergesundung des Kapitalismus zum Aufbau oder doch zur Vorbereitung einer sozialistischen Wirtschaft zu benützen – ein vollendeter Widersinn, wie jedem klar sein sollte, der ein Auge für die sittlichen Gesetze hat, die gerade auch das wirtschaftliche und soziale Leben der Menschen regieren. Man hat denn auch ohne viel Übertreibung gesagt, Mr. Wilson sei der Leiter einer Regierung, die die letzten grossen Unterschiede zwischen Labour und Konservativen beseitige. Vielleicht kann man ihm und seinen Kollegen auch das nicht zum Vorwurf machen, da die meisten von ihnen von vornherein gar nicht den Willen zur Schaffung einer sozialistischen Ordnung gehabt haben und ihn heute noch weniger haben als je. Was man ihnen aber zum Vorwurf machen muss, das ist die bewusste Verschleierung dieser Haltung und Grundauffassung, ihr Bemühen, im britischen Wählervolk die Vorstellung aufrechtzuerhalten, dass die Labourführung «eigentlich» doch eine Kraft sei, die im Dienste der sozialistischen Revolution stehe, wie sie auf nationalem und internationalem Boden immer offenkundiger zur unausweichlichen Notwendigkeit wird. Wie lang es wohl noch gehen muss, bis sich diese verhängnisvolle Täuschung in Nichts auflöst und wenigstens Klarheit und Wahrheit über die Lage Grossbritanniens und die sie beherrschenden Kräfte geschaffen wird?

Ein Hauptanliegen der Regierung Wilson ist, wie man weiss, die Durchsetzung einer Einkommens- und Preispolitik, die ungeordnete Lohn-, Gewinn- und Preisbewegungen verhindern und entscheidend zum Erfolg der wirtschaftlichen Wiederbelebung und der damit zusammenhängenden Entwicklungspläne beitragen soll. Dieses Vorhaben stösst nach wie vor besonders bei den *Gewerkschaften* auf hartnäckigen Widerstand. Um ihn zu brechen, schlägt die Regierung jetzt eine *Reform* des Gewerkschaftswesens vor, die zwar noch keine endgültige Gestalt in Gesetzesform gefunden hat, aber doch die Öffentlichkeit stark bewegt. Hauptstücke der Reform, die in der Arbeitsministerin Barbara Castle, früher einer bekannten Vertreterin gutsozialistischer Begehren, ihre beredteste Fürsprecherin hat, wären die Einsetzung einer amtlichen Schlichtungsbehörde für Arbeitsstreitigkeiten, die Anordnung von geheimen Urabstimmungen bei Streikdrohungen, die Einhaltung einer «Abkühlungsfrist» bei wilden Streiks zur Ermöglichung

neuer Verhandlungen und ähnliche Massnahmen zur Festigung des «Arbeitsfriedens».

Ob die Gewerkschaften einem solchen Gesetz jemals ihre Zustimmung geben werden, ob sie die geplante Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit und die Erweiterung der Regierungsvollmachten anzuerkennen vermögen, ohne Sicherheit zu haben, dass ihr «Stillsitzen» von Unternehmerseite nicht missbraucht wird, das erscheint vorderhand noch sehr fraglich. «Den Gewerkschaftern», so schreibt «The Christian Socialist» (Januar/Februar-Heft), «kann nicht zugemutet werden, Zurückhaltung zu üben angesichts des Steigens der Preise, wenn es anderen Gliedern der Volksgemeinschaft offenkundig sehr gut geht... Man sagt ihnen, die Löhne dürften um nicht mehr als dreieinhalb Prozent im Jahr steigen; aber die Gewinne standen im dritten Vierteljahr (1968) um 15,8 Prozent höher als ein Jahr vorher, 17,6 Prozent höher im Oktober und 29,7 Prozent höher im November... Die Kernfrage ist, ob die Labourpartei die Fortsetzung der Deflationspolitik anzunehmen gewillt ist, die nur zu Arbeitslosigkeit und Wahlniederlage führen kann, oder ob sie den Mut haben wird, zu verlangen, dass die Regierung eine *sozialistische* Politik verfolgt.»

Aber auf absehbare Zeit ist eben die Wahrscheinlichkeit fast gleich Null, dass die Labourregierung ihren bisherigen Kurs grundsätzlich ändert und, statt den Unterschied zwischen der Labourlinie und der konservativ-kapitalistischen Politik vollends ganz zu verwischen, einer sozialistisch ausgerichteten Planwirtschaft für Grossbritannien zusteuert.

Verschärfte Spannung in der CSSR Der Kampf um die *Tschechoslowakei* hat sich aufs neue dramatisch zugespitzt. Statt dass unter den täglichen Suggestionsübungen der Beschwichtigungshofräte der Widerstandswille im Volk mehr und mehr eingeschläfert wurde, hat er sich bewusster und entschlossener als je zu offenbaren begonnen. Nach dem Vorbild buddhistischer Mönche und Nonnen in Südvietnam, nach dem freiwilligen Opfertod von Alice Herz und ihrer Nachfolger in den Vereinigten Staaten, der das Gewissen des amerikanischen Volkes gegen die verbrecherische Kriegspolitik seiner Regierung aufrufen wollte, haben nun auch tschechische Studenten, voran der junge Jan *Palach,* sich selbst verbrannt oder zu verbrennen versucht, um zum Abzug der sowjetischen Einbrecherarmee und zur Wiederherstellung der persönlichen und politischen Freiheit in ihrem Vaterland beizutragen. Und wenn auch das Leben der meisten dieser Patrioten gerettet werden konnte, so hat doch besonders der Freitod Jan Palachs, wie die rührenden Kundgebungen bei seiner Aufbahrung und Beerdigung offenbarten, das tschechische Volk bis auf den Grund aufgewühlt.

Es ist im Augenblick, da ich schreibe, noch nicht abzusehen, wohin die Verzweiflungsstimmung, die sich in der akademischen Jugend, aber auch in anderen Kreisen von Intellektuellen und bestimmt in der Masse der Arbeiter der CSSR ausbreitet, schliesslich noch führen wird. Dass es aber den Trägern dieser Widerstandsbewegung recht eigentlich tödlicher Ernst ist,

können weder die Sowjetpolitiker noch die in ihrem Dienst stehenden «Realisten» unter den Führern der tschechoslowakischen Kommunisten verkennen. Es rächt sich eben immer deutlicher der schwere Irrtum, in dem diese Führer befangen waren, als sie sich dem erpresserischen Diktat der Sowjets fügten, die nun durch «freiwilligen» Gehorsam der massgebenden Partei- und Regierungsmänner zu erreichen im Begriff sind, was sie durch ein offenes Gewaltregiment nicht hätten erreichen können. Um eine saubere, folgerichtige Entscheidung zwischen russischem Unterdrückungswillen und tschechoslowakischem Freiheitswillen kommen die Prager Politiker ja doch nicht herum. Und für uns ist es keine Frage, dass auch eine unverschleierte sowjetische Militärdiktatur trotz allen Opfern, die sie dem Volk auferlegt hätte, so wenig, ja noch viel weniger von Dauer hätte sein können, als es die Gewaltherrschaft der deutschen Besetzungsarmee nach 1938 war. So wie sich die Dinge nun aber tatsächlich entwickelt haben, ist nur ein tiefer Riss zwischen Volk und (scheinbar) Regierenden entstanden, eine vergiftete, unehrliche Lage, die zu verschärfter Unterdrückung aller Widerstandregungen und – als Gegenkraft – zum blutigen Aufstand der entschlossensten Unabhängigkeitskämpfer zu führen droht, sofern nicht sehr schnell eine freiwillige Lockerung des Diktaturregiments erfolgt, die aber erst recht zur Ausweitung des Volkswiderstandes anzuspornen geeignet wäre. Die kompromisswilligen Prager und Pressburger Führer haben ihre Völker und sich selbst in eine Sackgasse hineinmanövriert, aus der sie nur durch eine mutige Umkehr herauskommen können, eine Umkehr, die viel schwerer ist und viel grössere Leiden bringen wird, als wenn nach dem Einbruch der Ostblockarmeen der passive Widerstand unbeugsam fortgesetzt worden wäre. Erleichterung könnte den Tschechen und Slowaken höchstens werden, wenn die Russen anderwärts stärker als jetzt beschäftigt würden, etwa in *Rumänien,* dessen «Züchtigung», wie man hört, ihr nächstes Ziel ist. Aber so unerwartet glimpflich für sie – bisher! – ihr tschechoslowakisches Abenteuer abgelaufen ist, so vorsichtig müssten sie, wie man meinen möchte, mit einem weiteren Satelliten umspringen, auch wenn er, wie Rumänien, für ihren Zugriff verlockend günstig daliegt...

Hinter all den Auseinandersetzungen, die sich gegenwärtig in der Tschechoslowakei abspielen, steht freilich immer die Frage, welchen Weg in die Zukunft das Land überhaupt gehen solle und könne. Die kommunistischen Führer glauben, die vor einem Jahre begonnenen *Wirtschaftsreformen* in der Hauptsache retten zu können, wenn sie auch die bereits errungenen *politischen Freiheiten* hätten opfern müssen. Anderseits sprechen in und ausserhalb der Tschechoslowakei nicht wenige Beobachter diesen Wirtschaftsreformen den sozialistischen Charakter überhaupt ab, weil sie wie die Neuerungen der Sowjetunion und anderer kommunistisch regierten Länder zuletzt unausweichlich zum Kapitalismus zurückführen müssten. Zu diesen Kritiken gehört auch unser alter Freund Maurice Laudrain, der im «Espoir du Monde» (wie sich das Organ der religiösen Sozialisten französischer Zunge jetzt wieder nennt) den tschechoslowakischen (wie den sowjetischen) Wirtschaftsliberalisten vorwirft, sie sähen den Unterschied

zwischen einer sozialistischen und einer kapitalistischen Wirtschaft nur in der Rechtsform der Unternehmungen, die in der sozialistischen Wirtschaft eben kollektivistisch sei. «Die Marktmechanismen von Kauf und Verkauf mit dem daraus folgenden Profit aufrechtzuerhalten, das heisst notwendigerweise eine Gemeinschaftsmoral und eine ihr entsprechende Politik von der gleichen Art schaffen, wie sie in den kapitalistischen Ländern besteht.» Auch die politische Liberalisierung, so meint Laudrain, könne auf dieser Grundlage die Rückkehr zum Kapitalismus nur beschleunigen.

Ich halte diese Betrachtungsweise nicht für richtig. Trotz den marktwirtschaftlichen Bestandteilen auch der tschechoslowakischen Reformen und trotz den darinliegenden Anreizen zum Gewinnstreben ist der sozialistische Charakter der Volkswirtschaft der CSSR nie ernstlich in Frage gestanden. Solang die entscheidenden Wirtschaftsmittel Gemeinbesitz sind und die Wirtschaft grundsätzlich eine soziale Planwirtschaft ist, solange die Verteilung des Wirtschaftsertrages im Dienste der Volksgemeinschaft steht und aus privatem Besitz an Produktionsgütern kein arbeitsloses Einkommen erzielt werden kann, bleibt das Grundwesen der Wirtschaft auch dann sozialistisch, wenn die zentrale Wirtschaftsplanung grössere Rücksicht auf die Bedürfnisse der Verbraucher und die Bewegungsfreiheit der Unternehmungen nimmt. Diese Lockerung eines bürokratisch erstarrten Lenkungsmechanismus bereits als entscheidendes Zugeständnis an kapitalistische Denkweise und Wirtschafts«moral» hinzustellen, geht nun doch nicht an, auch wenn man die Gefahren, die in diesen Neuerungen liegen, durchaus anerkennt und vor ihnen warnt.

Das gilt im wesentlichen auch für die *Sowjetunion,* deren Annäherung an die kapitalistische Welt und ihre Systeme in der Hauptsache *politische* Ursachen und Ziele hat. Der Fehler ihrer Wirtschaftsreformen liegt dementsprechend vor allem darin, dass sie nicht recht zur Wirkung kommen können, solang die politische Diktatur ihnen im Weg steht. Die Wirtschaftsplanung erfolgt in der Sowjetunion genau so willkürlich und ohne Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht des Volkes wie die politische Zielsetzung. Es ist eine dünne Schicht selbsternannter Technokraten und Verwaltungsfachleute, die die Kapitalanlagen, die Menge und Art der zu erzeugenden Güter, die Preise, die Löhne, die Verteilung der Arbeitskräfte usw. usw. diktiert, nicht irgendein demokratisch aufgebautes Gemeinschaftsorgan. Daran haben auch die Reformen von 1965 im Grund nichts geändert. Und solang geistige und politische Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung in der Sowjetunion fehlen, solang die politische Macht in den Händen einer eigensüchtigen, von sozialistischem Geist weit abgekommenen Herrenkaste liegt, die ihren Willen mit den brutalsten Mitteln durchzusetzen gewohnt ist, wird auch die Wirtschaft immer wieder schwer gehemmt und an der Entfaltung ihrer Kräfte, die in der modernen Welt auf die intelligente, freie Mitarbeit aller Beteiligten angewiesen ist, lähmend behindert sein.

Und dieses Wirtschaftssystem soll nun auch der Tschechoslowakei aufgezwungen werden? Man wird es nur zu bald erleben, dass ohne politische

Demokratie die soziale Demokratie – als Gemeinwirtschaft – auch hier versagt und alle Anstrengungen, den katastrophalen Tiefstand der Gütererzeugung und -verteilung zu überwinden, vergeblich bleiben. Ähnliches gilt für die *ostdeutsche Republik,* die sich nicht gescheut hat, den Überfall auf die Tschechoslowakei mitzumachen, trotz allen schmerzlichen Erinnerungen, die das in dem 1938 von Hitlers Armee besetzten Land heraufbeschwören musste. Ulbricht hat sein freiheitswidriges Regime noch einmal gerettet; aber es ist völlig klar, dass ohne politische Demokratie die im übrigen so anerkennenswerten wirtschaftlichen Erfolge der DDR nicht zu einer wirklich sozialistischen Ordnung führen können.

Revolutionäre Kraftquellen Wenn wir ohne jegliches Wanken darauf vertrauen, dass früher oder später die freiheitlich-sozialistische Erneuerung der Tschechoslowakei, die so verheissungsvoll angehoben hatte, doch sieghaft durchbrechen wird, so nicht zuletzt darum, weil wir wissen, welch unerschöpfliche Kraftquelle diese Bewegung in der ganzen Geistesgeschichte des Landes hat. Mit Bedacht habe ich darum – wie übrigens auch vorher schon mehr als einmal – in der Januar-Rundschau auf die *hussitische Reformation* und was von ihr herkommt, hingewiesen. Es freut mich deshalb besonders, dass in der kleinen Schrift von *Přemysl Pitter* «Geistige Revolution im Herzen Europas» (Rotapfel-Verlag Zürich), die mir seither in die Hand gekommen ist, der Zusammenhang der gegenwärtigen Ereignisse in der Tschechoslowakei mit ihrer grossen Vergangenheit deutlich gemacht wird. Manche unserer Leser und Leserinnen kennen Pitter mindestens literarisch schon seit Jahrzehnten, hat er doch von jeher gute Verbindung mit der Schweiz gehabt, in der er jetzt auch seinen Wohnsitz hat. Das Büchlein, das hier angezeigt sei, geht in der Klarlegung der geistigen Kraftquellen der Tschechoslowakei bis auf Fürst Wenzel, den Friedebringer, ermordet 929, zurück, schildert das Wirken von Johannes Militsch, der als Vater der böhmischen Reformation gilt, und stellt dann natürlich einlässlich Leben und Werk von Johannes Hus dar, der der christlichen Erneuerung Böhmens und Mährens, zusammen mit Hieronymus von Prag, zum machtvollen Durchbruch verholfen hat. In seinem Geist arbeiteten dann, nach dem tragischen Zusammenbruch der kriegerischen Hussitenbewegung, Männer wie Peter von Cheltschitz, Bruder Gregor, der Begründer der Brüderunität, Johann Amos Comenius, der grosse Erzieher und Gelehrte, und in unserer Zeit auch Thomas Masaryk, der erste Präsident der tschechoslowakischen Republik, der ohne den «hussitischen Geist» nicht denkbar wäre.

So sieht Pitter gewiss mit Recht auch hinter der politisch-sozialen und wirtschaftlichen Reformbewegung, die im vergangenen Jahr einen so überraschenden Aufschwung nahm, den christlich-revolutionären Geist, der in der Geschichte Böhmens und Mährens immer wieder lebendig wurde. «Hinter den Anhöhen des Böhmerwaldes», so fasst er seine Rück- und Vorausschau zusammen, «breitet sich ein neuer Glaube aus. Es wird auch ein christlicher Glaube sein, aber einer, der sich vom herkömmlichen sehr

unterscheidet. Seine ausstrahlende Macht wird die westlichen Christen einst in Staunen versetzen. Der neue Glaube wird eher eine schöpferische Quelle als ein trennendes Bekenntnis sein. Er wird wohl ungewohnte Formen und Ausdrucksweisen zeitigen. Das mag zu Missverständnissen und neuen Verketzerungen führen. Entscheidend sind jedoch nicht die Formen des Glaubens, sondern der Inhalt, die Tatkraft, die er erzeugt.»

Gerade die Tat des Studenten Palach (und seiner Nachfolger) war ein Beispiel für die noch immer lebendige Nachwirkung des hussitischen Glaubens. Hussens Losung «Die Wahrheit *des Herrn* wird siegen» steht auch in ihrer mehr weltlichen, allgemeinen Form «Die Wahrheit wird siegen» deutlich hinter der Forderung nach Meinungs- und Pressefreiheit, die Palach in seinem Abschiedsbrief aufstellte und für die er starb. *Diesen* Geist werden sie nicht töten, soviel Militärgewalt sie auch gegen ihn aufbieten! Wir vertrauen deshalb darauf, dass sich auch die geeigneten *Formen* des neuen Sozialismus finden lassen, wenn einmal die kommende Wirtschafts- und Staatsordnung entscheidend von sittlich-religiösen Kräften getragen sein wird. Dass es daran so weithin fehlte und fehlt, ist die grosse Schwäche der kommunistisch-leninistisch verbrämten Reformbewegung in der Tschechoslowakei, die von Moskau aus zerbrochen wurde. Nur so erklärt es sich, dass der gewaltlose Widerstand, der den ins Land eingefallenen Armeen geleistet wurde, so schnell aufhörte und dem «realpolitischen» Kollaborantentum Platz machte, das jetzt regiert. Es war viel zu viel blosse Zweckmässigkeitserwägung an diesem passiven Widerstand beteiligt und zu wenig und vor allem zu wenig tief begründete grundsätzliche Ablehnung des Gewaltweges. Es wird daraum einer durchgreifenden Läuterung und Festigung des freiheitlich-sozialistischen Reformwillens bedürfen, bis er stark genug sein wird, um sein so jäh unterbrochenes Werk, seine eigentliche geschichtliche Sendung wieder aufzunehmen und zu erfüllen. Darauf hoffen wir, das erwarten wir auch im Blick auf die sonst fast aussichtslos erscheinende Lage des ganzen westlichen, ja auch des östlichen Sozialismus. Und darum hören wir nicht auf, die fernere Entwicklung des Dramas der Tschechoslowakei mit stärkster innerer Anteilnahme und Solidarität zu verfolgen.

Westdeutsches Elend Auch in der *Bundesrepublik Deutschland* beobachtet man natürlich den Fortgang der tschechoslowakischen Ereignisse mit grosser Aufmerksamkeit. Aber aus anderen Gründen und in anderem Geist, als wir es tun. Worauf die Bonner Regierung, die sie tragenden Parteien und die entsprechende «öffentliche Meinung» abzielen, ist ja nur zu bekannt, und ich bemühe mich seit vielen Jahren, es hier so deutlich als möglich zu zeigen. Planmässig und sachte, das eine Mal mit diesem, das andere Mal mit jenem Mittel, geht die westdeutsche Politik darauf aus, den Ostblock zu sprengen und die machtmässigen Folgen der Niederlage des Dritten Reiches im Zweiten Weltkrieg auszutilgen. Und dass die Tschechoslowakei in diesem Gesamtrahmen

ihren nicht unwichtigen Platz bekommen hat, liegt offen zutage. Das ist für den Schreibenden wahrlich nichts Neues.

Aber was man auch immer über die Bedrohung der Länder des Sowjetblocks durch Westdeutschland feststellen muss (und ich werde nicht müde werden, es immer aufs neue zu tun): es hat der Sowjetunion, der DDR und den anderen Helfershelfern Moskaus weder einen stichhaltigen Grund noch irgendein Recht gegeben, eine halbe Million schwerbewaffneter Soldaten in die Tschechoslowakei zu werfen, um sie vor der angeblich unmittelbar drohenden Gefahr eines Verschlucktwerdens durch den Westen zu retten. Die Sicherheit der Tschechoslowakei und der Ostblockstaaten war im August 1968 nicht plötzlich und nicht soviel stärker bedroht, dass es keinen anderen Ausweg mehr gegeben hätte, als ihr Gebiet überfallartig zu besetzen und die einheimische Regierung gewaltsam dem Willen der Sowjetführung zu unterwerfen. Dass eine solche akute Gefahr vom Westen her bestanden habe, ist ebenso unwahr wie die Behauptung (ich zitiere die amtliche, zuerst in der «Prawda» erschienene Begründung des Einmarsches der Warschaupakt-Armeen in die CSSR), «Partei- und Staatsführer der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (hätten) sich an die Sowjetunion und die anderen verbündeten Staaten mit der Bitte gewandt, dem tschechoslowakischen Brudervolk unverzüglich Hilfe zu leisten, einschliesslich der Hilfe mit Streitkräften». Ein Propagandatrick war es, was in Moskau fabriziert wurde, auf gut Deutsch eine schamlose Lüge – dabei bleibe ich, und ich gedenke nicht nochmals darauf zurückzukommen. Es tut mir nur leid, dass man es auch in unseren Kreisen so oft wiederholen muss . . .

Aber wenn die Behauptung von der Notwendigkeit des sowjetischen Überfalls auf die Tschechoslowakei auch nur ein Vorwand war, der die *wirklichen* Gründe für die Angst der Machthaber in Moskau, Ostberlin usw. – die Angst vor der ansteckenden Wirkung eines freiheitlichen Sozialismus in der Tschechoslowakei – verdecken sollte, so muss man gerade darum erst recht darauf dringen, dass durch eine *gründliche Umkehr der westdeutschen Aussenpolitik* den Leitern der Sowjetunion dieser Vorwand entzogen werde, der nach Bedarf schon morgen wieder aus der Schublade gezogen werden kann. Ich scheue mich fast, immer wieder in diese gleiche Kerbe zu hauen; aber wenn und solang im Westen – auch in der Schweiz natürlich – nicht ganz klar die Gefahr gesehen wird, die von der Aussen- und Militärpolitik Westdeutschlands ausgeht, muss man es halt doch tun, will man nicht mitschuldig an den Folgen werden, die aus dieser gewollten Schläfrigkeit, ja Blindheit zu erwachsen drohen.

In Bonn redet man sich zwar ein (und will es auch das Ausland glauben machen), unter dem jetzt sozialdemokratischen Aussenminister sei eine «*neue Ostpolitik*» eingeleitet worden, die die friedlichen Absichten der westdeutschen Politikplaner über jeden Zweifel hinaushebe. Man tut sich besonders viel darauf zugut, dass man schon vor mehr als einem Jahr verschiedenen Staaten des Warschaupaktes den Austausch von «Gewaltver-

zichten» vorgeschlagen habe. Aber leider sei man in Moskau auf diesen grossherzigen Vorschlag nicht eingetreten, habe vielmehr zuerst Klarheit darüber verlangt, ob die Bundesrepublik bereit sei, auf Gewalthandlungen auch gegenüber Ostdeutschland zu verzichten, und zwar unter den gleichen Bedingungen wie gegenüber den anderen Oststaaten. Und das hat nun eben Bonn rundweg abgelehnt, da es die völkerrechtliche Anerkennung der DDR einschlösse, von der man endgültig nichts wissen wolle. Dazu kommt dann namentlich die Tatsache, dass nach den andauernd wiederholten Erklärungen der Bonner Regierung die bestehenden Grenz- und Machtverhältnisse in Osteuropa zugunsten Deutschlands verändert werden müssten, damit Europa in Ruhe und Sicherheit leben könne, wenn diese Änderung auch nur «mit friedlichen Mitteln» geschehen solle. Was von diesen Erklärungen zu halten ist, spricht Dankward Bauer in den «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Januarheft 1969) unumwunden aus:

«Angesichts einer solchen Haltung (Nichtanerkennung der DDR und Willen zur Änderung des Status quo. H. K.) ist es klar, dass das Gewaltverzichtsangebot der Bundesregierung auch künftig zum Scheitern verurteilt ist . . . Der einzige Staat, der Europa umgestalten möchte, die Bundesrepublik, versendet ‚Friedensnoten', bietet jedermann ‚Gewaltverzicht' an und beschuldigt andere, für die Spannungen verantwortlich zu sein. Welch groteske Situation! Und dies alles mit einem Kanzler an der Spitze der Regierung, der das personifizierte Haupthindernis westdeutscher Aussenpolitik darstellt: das fehlende Vertrauenskapital auf Grund einer unglaubwürdig machenden Vergangenheit . . . Es ist eine hoffnungslose Lage, in die man sich so manövriert hat!» Die westdeutsche «Friedenspolitik» sei gleichfalls nicht glaubwürdig, «weil Ziele, die tatsächlich nur mit Gewalt zu erreichen sind, nach dem notwendigen Scheitern ihrer Verwirklichung mit ‚friedlichen Mitteln' geradezu zwangsläufig zu einer Realisierung mit anderen Mitteln einer dann nationalistischen Regierung führen müssen. Wer Hoffnungen nährt, die mit friedlichen Mitteln niemals zu erreichen sind, bereitet den Boden für eine Gewaltpolitik – ob er will oder nicht. Dies ist das unerbittliche, das vernichtende Urteil über die Gewaltverzichtspolitik der Bundesregierung.»

Es ist tatsächlich ein Elend mit Westdeutschland!

«Moralischer Selbstmord» Aber was will man? Kann man Besseres als eine Bankerott- und Abenteuerpolitik von einer Führerschaft erwarten, die so kernfaul, ja teilweise persönlich und politisch einfach unmöglich ist wie mindestens die von der Christlich-Demokratischen (!) Union der Bundesrepublik gestellte Spitzengruppe? Der *Skandal um Gerstenmaier* hat ja aufs neue ein bezeichnendes Licht auf ihre «Führereigenschaften» geworfen. Es liegt mir nichts daran, auf eine gestürzte Grösse hintendrein noch ein paar Steine zu werfen. Darum geht es wirklich nicht. Es geht vielmehr darum, dass das Volk der Westdeutschen in den höchsten Rängen der massgebenden Regierungs-

partei Männer duldet, die nicht nur eine schwere moralische Belastung für es selber sind, sondern auch mehr und mehr eine ernste Gefahr für das Gedeihen und den Frieden ganz Europas bilden. Schon Adenauer spielte eine schlechthin verhängnisvolle Rolle. Und nun sehe man sich die Lübke und Kiesinger, die Schröder, Strauss und Gerstenmaier an, die nach oder mit Adenauer obenaufkamen und das politische Schicksal des «Volkes der Dichter und Denker» bestimmen – von den Typen der zweiten und dritten Garnitur nicht zu reden! Es ist zum Erbarmen!

Was Herrn Eugen Gerstenmaier anlangt, so ist sein Wirken als «zweiter Mann» der Bundesrepublik schon seit Jahren durch die widerwärtigste Machtgier und Habsucht gekennzeichnet gewesen, ohne dass er rechtzeitig ausgeschieden worden wäre. Über das Verhältnis des Herrn Oberkonsistorialrats zum Geld stellt die «Neue Politik» (Hamburg, 25. Januar) fest:

«Gerstenmaier, Christdemokrat (CDU), höchster Diäten-, daneben Pensionsempfänger der Kirche und des Staates, Gewinner aus Grundstücksspekulation, Geschäftsmann (als Miteigentümer des Verlages ‚Christ und Welt'), Herr über einen aus einer (als sie bekannt wurde, verjährten) Devisenschiebung stammenden Waldbesitz mit ‚Jagdhaus' von 15 Zimmern zu Sozialmietpreis, unbefugter Verteiler von Steuergeldern auf afrikanischen Safaris, geschätztes Mindesteinkommen 250 000 DM im Jahr, geschätztes Vermögen einige Millionen DM.»

Zuletzt kam dann aus, dass sich Gerstenmaier auf Grund eines neuen Gesetzes, das wie auf den mächtigen Präsidenten des Bundestags zugeschnitten aussieht, die bescheidene Summe von etwa 285 000 DM ausbezahlen liess, weil ihm im Dritten Reich eine theologische Professur versagt worden sei, so dass er nachträglich für die ganzen Jahre seit 1943 einen Anspruch nicht allein auf Besoldung, sondern auch auf Pension habe. Juristisch, so sagen sie in Bonn, sei das vollkommen in Ordnung. Vielleicht. Aber gibt es nicht Gesetze, die zu tun erlauben, was nach allgemeinen Begriffen unanständig und unsittlich ist, doppelt für einen höchsten kirchlichen und staatlichen Würdenträger? Wenn der Mann das nicht selber merkte, warum haben ihn seine Kollegen und Freunde nicht beizeiten darauf aufmerksam gemacht? Und wenn sich Gerstenmaier brüstet, unter Hitler ein tapferer Widerstandskämpfer gewesen zu sein, so liegen Tatsachen vor, die diesen Anspruch als recht fragwürdig erscheinen lassen. Der Bischof Heckel zum Beispiel, der Leiter des Kirchlichen Aussenamtes, bescheinigte Gerstenmaier am 6. Juni 1940, dass dieser «mit Geschick und Werbekraft» wichtige Aufträge des Auswärtigen Amtes im neutralen Ausland ausgeführt und damit der nationalsozialistischen Sache wertvolle Propagandadienste geleistet habe. Wenn er im Zusammenhang mit dem missglückten Anschlag auf Hitler zuletzt doch verhaftet wurde, so ist das nach Mitteilungen in der westdeutschen Presse lediglich darauf zurückzuführen, dass er am Sitz des Generalstabs in Berlin (in dem verschiedene Fäden der Verschwörung zusammenliefen) in dem Augenblick angetroffen wurde, als er Geld für neue Auslandsreisen abholen wollte. Hitlers Richter liessen ihn

denn auch mit sieben Jahren Gefängnis (die er nur zum Teil absitzen musste) davonkommen, weil sie sich überzeugen liessen, dass er mit der Verschwörung gegen das Leben des «Führers» nichts zu tun hatte und nur ganz allgemeine Kenntnisse von einer Oppositionsbewegung hatte. Was ihn allerdings nicht hinderte, später dergleichen zu tun, als sei er einer der engsten Freunde des Attentäters Klaus von Stauffenberg gewesen...*

Aber all sein Mammonsgeist und seine politische Wendigkeit wäre ihm von der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit verziehen worden, hätte er nicht beim Versuch, seine Geldgeschäfte zu rechtfertigen, eine derart anmassende und hochmütige Haltung zur Schau getragen, dass es den Pressevertretern, Abgeordneten und sonstigen Politikern dann doch zu bunt wurde. Dies um so mehr, als Gerstenmaier mit seinem Hang zum Grosstun und zum Pomp vielen Leuten schon lang auch als Parlamentspräsident auf die Nerven gegangen war. «Immer mehr», so fand sogar die «Neue Zürcher Zeitung» hintendrein, «steigerte sich der Parlamentspräsident in die Rolle eines Präzeptors hinein, der sich angewöhnte, nach allen Seiten hin seine Zensuren auszuteilen, gegen die kein Widerspruch geduldet wurde.» Das brach ihm vollends das Genick. Das heisst genauer: er beging, wie ein Frankfurter Blatt feststellte, «moralischen Selbstmord».

Gerstenmaier ist also (für den Augenblick) politisch verschwunden – aber die anderen alle, die ihn so viele Jahre haben schalten und walten lassen, die bleiben. Sie sind um nichts vertrauenswürdiger als er – nur vorsichtiger. Aber ihr ganzes Verhalten gegenüber dem Gestürzten, vor und nach seiner letzten Blossstellung, für die sie ihm noch extra eine Ehrenerklärung auszustellen die Stirn hatten, macht mit einer doch verblüffenden Deutlichkeit klar, welchen Kalibers sie selber sind und wessen man sich von ihnen zu versehen hat. Deswegen war es notwendig, auch an dieser Stelle das Bild eines Gerstenmaier für die Zukunft festzuhalten. Der Fall ist typisch für den ganzen geistigen Zustand, in dem sich die Bundesrepublik Deutschland befindet, dieser Staat von Wunderkindern, in dem – wie schon zu Hitlers und Streichers Zeiten – auch die unmöglichsten Dinge immer noch möglich sind.

30. Januar 1969 *Hugo Kramer*

---

* Über Gerstenmaier als angeblichen Führer einer kirchlichen Widerstandsbewegung im Dritten Reich hat Karl Barth schon im Jahr 1945 ein geradezu vernichtendes Urteil gefällt, das den Mann als – sagen wir mild: skrupellosen Aufschneider hoffnungslos blossstellte. Die «Stimme der Gemeinde» (vom 1. Februar) hat den Aufsatz dankenswerterweise wieder ausgegraben. Aber die offizielle Evangelische Kirche Westdeutschlands, ihre Bischöfe, Synoden usw. haben, soviel wir wissen, zu der ganzen blamablen Geschichte ihres grossen Würdenträgers tapfer geschwiegen. Den Leuten kann man offenbar alles bieten.